

Unter anderem in dieser Ausgabe:

DEBATTE: FEMINISTISCHE AUSSENPOLITIK s. 4

CARE ARBEIT: DEINE, MEINE, UNSERE OMA s. 7

DIVERSITÄT: UNIVERSELLE RECHTE FÜR ALLE s. 8

VOLKSANTRAG: 8. MÄRZ ZUM FEIERTAG s. 12

Veranstaltungstipp

Mädchenpower in der Linksfraktion

Am 27. April ist Girls' Day. Auch 2023 beteiligt sich die Fraktion DIE LINKE im Leipziger Stadtrat an diesem bundesweiten Aktionstag. Mehr Infos:

Seite 16

Mitteilungsblatt

Ausgabe 3/2023

Zeitung von DIE LINKE. Leipzig

DIE LINKE.



Liebe Genoss*innen und Genossen,

mit dieser Ausgabe unseres MIB haltet ihr seit seinem Bestehen das 1. feministische Exemplar in der Hand, welches von Frauen* für Frauen* geschrieben wurde! Unsere Autor*innen berichten dabei von ihrer kommunalpolitischen Arbeit, setzen sich (kontrovers) mit aktuellen gesellschaftlichen bzw. innerparteilichen Themen auseinander oder geben Einblick in ihr Ehrenamt. Kultur ist natürlich auch dabei! Für diese Ausgabe möchte ich allen Mitwirkenden sehr herzlich danken! Natürlich wäre es ein toller Erfolg, wenn ab sofort mehr Frauen* regelmäßig als Autor*innen für diese Zeitung schreiben. Um Frauen*leben in ihrer Vielfältigkeit sichtbar zu machen, zu zeigen, was wir denken, wollen und leisten. Was uns wichtig ist, wofür wir streiten. Wie wir uns eine (geschlechter-) gerechte Gesellschaft wünschen.

Viel Spaß und Erkenntnis beim Lesen!

Mit feministischen Grüßen,

Susanne Scheidereiter

(Sprecherin für Gleichstellung und feministische Politik des LV Sachsen)

8. März – Frauenrechte sind Menschenrechte

Liliana Osorio de Rosen Deshalb ist jeder Tag (ein) Frauentag

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sind eins. Wir können sie nicht voneinander trennen. Die Zeit anhalten, ist nicht möglich. Was uns bleibt, ist aus der Vergangenheit zu lernen, um nicht die gleichen Fehler über Generationen hinweg zu wiederholen. Es gilt, in der Gegenwart im Hier und Jetzt in Frieden zu leben, das Beste draus zu machen, voneinander zu lernen und gemeinsam die Zukunft innovativ mit Zuversicht und so humanistisch wie möglich zu gestalten.

„Um Frieden muss man kämpfen und ringen. Wenn Frieden in jedem Haus ist, ist Frieden im ganzen Land.“

Katharina von Bora (nach der Heirat Katharina Luther, * 29. Januar 1499 in Lippendorf bei Leipzig, † 20. Dezember 1552 in Torgau Sachsen)

Der Feminismus, das Ideal der Gleichheit aller Menschen überall auf Erden, scheint noch jung zu sein. Aber er ist es nicht. Das zeigt

uns zum Beispiel das Leben von Katharina von Bora. Sie verließ 1523, also genau vor fünfhundert Jahren, zusammen mit Magdalena von Staupitz und 10 weiteren Nonnen, wie die Legende erzählt, versteckt in Heringsfässern, in einen Planwagen das Kloster Marienthron. Trotz der Gefahr und ihrer Mittellosigkeit gelangte Katharina über Torgau nach Wittenberg, wo sie später Martin Luther traf und ihn 1525 heiratete. Ein Priester und eine entlaufene Nonne waren damals wie heute ein Skandal. Öffentlich musste sie sich Luther unterordnen, doch der Reformator fand in ihr eine gebildete Partnerin auf Augenhöhe. Katharina bekam sechs Kinder und unterstützte ihren Mann in seinen reformatorischen Ideen. Über Luther erreichte sie, dass Neuerungen wie die Volksschulen auch von Mädchen besucht werden dürfen. Martin Luther, der durch seine Übersetzung der Bibel zur Herausbildung der deutschen Literatursprache beitrug und den heiligen Text den Christen in ihrer Muttersprache zugänglich machte, hätte all das ohne Katharina nicht erreicht.

Sprechstunden & Sozialberatung

DIE LINKE vor Ort

Redaktion MIB Sprechstunden und Termine

Die regelmäßigen Sprechstunden und Beratungstermine der Leipziger LINKEN sind für alle Interessierten offen und kostenfrei nutzbar. Mehr Infos dazu auf den Internet-Seiten der Büros oder per Telefon.

Sprechstunden:

- Do. 6. April 2023, 17:00 Uhr, Stadteilladen, Georg-Schwarz-Straße 122, Bürgersprechstunde mit dem Stadtrat Volker Külow
- Mi. 11. April 2023, 17:00 Uhr, WKB Grünau, Stuttgarter Allee 18 Bürgersprechstunde mit dem MdB und Stadtrat Sören Pellmann

Sozialberatungen:

- Hilfe Telefon 0174-41471385 Kontaktiert uns per SMS oder mit WhatsApp, Signal oder Telegram.
- jeden Di. 17:00 bis 19:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstraße 32, Sozialberatung mit ELO - Erwerbslosenhilfe Leipzig Tel. Nr.: (0341) 492 731 48
- jeden Do. 15:00 bis 17:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15, Sozialberatung mit ELO - Erwerbslosenhilfe Leipzig Tel. Nr.: (0341) 308 11 99

Mietsprechstunde:

- 3. Dienstag im Monat, 19:00 Uhr linXXnet, Brandstraße 15

Vereinsberatung:

- auf Anfrage: prinzessin@linxx.net

Im Stadtrat:

- Fraktionssitzung: 12. April 2023, 17:00 Uhr, RPL-Saal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung: 19. April 2023, ab 14:00 Uhr Ratssaal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung (evtl. 2. Teil): 20. April 2023, ab 16:00 Uhr Ratssaal, Neues Rathaus
- Fraktionssitzung: 10. Mai 2023, 18:00 Uhr, RPL-Saal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung: 17. Mai 2023, ab 14:00 Uhr, Ratssaal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung (evtl. 2. Teil): 25. Mai 2023, ab 16:00 Uhr, Ratssaal, Neues Rathaus

Luthers Liebe und Wertschätzung für seine Frau zeigen seine Briefe an Katharina. Darin spricht er sie unter anderem als „Meinem freundlichen, lieben Herrn, Katharina Lutherin, Doktorin, Predigerin zu Wittenberg“ an.

Katharina von Bora steht für mich für die feministische Kraft, die so alt ist wie die Menschheit. All ihre Vertreterinnen und Vertreter in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft verdienen, dass wir ihnen gedenken und den Tag in ihrem Sinne gemeinsam feiern. Der 8. März sollte als Feiertag mit dem Volksantrag „EIN FRAUENTAG FÜR ALLE!“ in Sachsen verwirklicht und etabliert werden, um die Frauenrechtlerinnen und Menschenrechtlerinnen zu ehren, die uns den Weg ebnet haben - Frauen wie Susan Brownell Anthony, May Wood Simons, Clara Zetkin, Rosa Luxemburg, Käthe Duncker, Louise Otto-Peters, Auguste Schmidt, Bertha von Suttner, Bridges Adams Lehmann, Henriette Goldschmidt, Käthe Kollwitz, Clara Schumann, Charlotte Moscheles, Lene Voigt, Elsa Asenijeff, die ihre Stimme für eine bessere Welt erhoben haben. Als Frau, Mutter und Künstlerin reihe ich mich ein, um den Ruf Leipzigs als weltoffene Stadt, Stadt der friedlichen Revolution 1989 und als Stadt der Frauenbewegung zu bewahren und zu festigen.



Fotos: Petra Kießling

Unzureichende ÖPNV-Finanzierung

Franziska Riekewald Preise steigen und Mitarbeiter*innen werden trotzdem schlecht bezahlt

Wir alle merken es in den letzten Wochen regelmäßig – es wird gestreikt in Leipzig. Neben den öffentlichen Einrichtungen, wie Kitas, Stadtreinigung usw. beteiligen sich auch die Fahrerinnen und Fahrer der LVB massiv an den Streiks. Das ist verständlich, denn das Einstiegsgehalt liegt bei ca. 2.200,- € brutto, also mit ca. 14,- € Stundenlohn knapp über Mindestlohn. Hier besteht somit Handlungsbedarf. Denn ohne angemessen bezahltes, gut ausgebildetes und motiviertes Personal in ausreichender Anzahl wird es keinen attraktiven Nahverkehr geben.

Das Problem: Bund und Land lassen seit Jahren die Kommunen im Stich. Schon seit Jahrzehnten kritisieren wir als LINKE die unzureichende Finanzierung des Öffentlichen Nahverkehrs. Diese tritt jetzt immer krasser zu tage. Schon jetzt wissen wir: zum 1. August werden die Fahrpreise in Leipzig wieder erhöht. Im September hat der Stadtrat einen 15 Mio. Euro - Zuschuss für die LVB beschlossen. Und trotzdem ist eine Deckung des Finanzbedarfs nicht in Sicht. Ein Dilemma. Denn während auf der einen Seite die Mitarbeitenden schlecht bezahlt werden, sollen die Fahrgäste immer höhere Preise zahlen. DIE LINKE wird daher gegen die Erhöhung der Ticketpreise stimmen. Mit der Einführung des 49,-€ Ticket ändert sich

leider nur wenig. Gerade für Alleinerziehende oder Menschen mit Hartz IV-Bezug ist das noch viel zu teuer. Es bedarf hier unbedingt eines Sozialtickets, welches nicht mehr als 29,-€ kosten darf.

Außerdem gilt auch beim 49,-€: Der Bund möchte das Ticket einführen und ist nur bedingt bereit dafür alle Kosten zu übernehmen. Mal wieder besteht die Gefahr, dass die Stadt auf den zusätzlichen Kosten sitzen bleibt. Wir haben als LINKE einen Antrag im Stadtrat eingebracht, der den Oberbürgermeister auffordert sich beim Bund und beim Land für eine ausreichende Finanzierung des ÖPNV stark zu machen. Außerdem wollen wir mit dem Antrag erreichen, dass sich der Stadtrat hinter die Beschäftigten stellt und die Forderungen im Tarifkampf unterstützt. Wir brauchen von Bund und Land endlich die Einsicht, die eigene Verantwortung wahrzunehmen – für tragbare Lösungen für eine verlässliche Gesamtfinanzierung des ÖPNV. Wenn die Ampel-Regierung ihre eigenen Absichten zur Klima- und Sozialpolitik und sich selbst ernst nimmt, muss sie endlich der Verkehrswende und der ÖPNV-Finanzierung einen deutlich höheren Stellenwert einräumen. Denn sie ist kein Selbstzweck: Ohne Verkehrswende wird es keine Klimawende geben.

Demokratie – (wie) geht das?

Johanna Glameyer Ist auf diese Frage, ausgehend von dem, was wir derzeit kennen, eine Antwort, zumal eine einfache, möglich?

Durchaus, wenn wir uns trauen, anzuerkennen, dass unser derzeitiges, demokratisches System gute, demokratische Vorgehensweisen bereithält und gleichzeitig mutig genug sind, um auszusprechen, dass es nur ein „teildemokratisches“ System und damit ausbaufähig ist. „Dass wir bestenfalls Halbdemokratien haben, gehört zum wenig ausgesprochenen Volkswissen. Die „politische Klasse“ und die, die vom Bestehenden profitieren, wollen dies verschweigen und konstruktive Alternativvorschläge nicht diskutiert haben. Angeblich gibt es „keine Alternativen.“¹

Das allerdings ist eine Fehleinschätzung: Jemand, der sich seit (etwa 20) Jahren nicht nur traut, sondern auch immer wieder müht, beides an- und auszusprechen, beseelt von dem Wunsch nach einer Strukturreform unserer Demokratie, ist der Sozialphilosoph Prof. Dr. Johannes Heinrichs. Und, nicht nur spricht er die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung unseres derzeitigen demokratischen Systems an, sondern liefert darüber hinaus gleichzeitig einen praktikablen Ansatz.

Leider ist es allerdings seiner, von ihm so bezeichneten Wertstufendemokratie (WSD) bis dato nicht möglich gewesen, sich ausreichend Gehör zu verschaffen oder gar durchzusetzen, obwohl sie vielfältig mit Wohlwollen und Anerkennung in politischen Kreisen zur Kenntnis genommen worden ist. Wie kann das sein? Und, wichtiger noch: Wie kann das geändert werden?

Auf erstere Frage lässt sich nur vermuten, dass die Sorge vor Machtverlusten, Veränderungen im Sinne einer Wertstufendemokratie, mit der Viergliederung von Wirtschaftsparlament, Politikparlament, Kulturparlament und Grundwerteparlament, ausbremst, oder möglicherweise bewusst verhindert werden. Eine traurige Vermutung in einem politischen System, welches sich für demokratisch hält und als solches bezeichnet wird.

Auf die zweite Frage ist die Antwort wahrscheinlich schwieriger. Veränderung benötigt einflussreiche Menschen/Gruppen oder solche, die sich um Einfluss bemühen und die aus Überzeugung, mit Mut, Einsatz

und Durchhaltevermögen den Stein ins Rollen bringen. Dazu ist neben persönlichem Profil auch wertorientiertes Verständnis, gewissermaßen tugendhafte Überzeugung und Handeln von Nöten. Dies, so scheint mir, verwässert zunehmend – in weiten Kreisen der Bevölkerung und in unserer politischen Landschaft.

Vielleicht kann DIE LINKE dem Ansatz der Wertstufendemokratie eine politische Heimat geben und mit linker Kraft unsere „Vierteldemokratie“ revolutionieren. Die Zeit dafür scheint mehr als reif. Auch wenn es üblich ist, von rechts zu servieren und abzuservieren – lässt DIE LINKE zeigen, dass wir uns nicht von rechts die Butter vom Brot nehmen lassen und stattdessen mit einem überzeugenden Demokratie-Reform-Konzept aufwarten.

Nicht elitäre Machtstrukturen und wirtschaftliche Interessen dürfen die Politik dominieren. Wirtschaft sollte lediglich die materielle Handlungsgrundlage für andere Bereiche einer Gesellschaft schaffen. Und eine auf Werte basierende Politik sollte Entscheidungen treffen können, die die Wirtschaft in den Dienst von Mensch und Natur stellt. Denn „Die (...) Natur-Probleme sind in Wahrheit ein Gesellschafts- und Demokratieproblem.“²

Wie lange wollen wir uns noch vormachen und vormachen lassen, dass wir unseren Karren nicht vor die Wand fahren, wenn wir so weiter machen wie bisher? Tauschen wir Neoliberalismus gegen Wertstufendemokratie, persönliche finanzielle Vorteile und Machtinteressen einiger gegen eine Gesellschaft mit einem politischen System vielfältiger Mitsprache- und Beteiligungsmöglichkeiten aller, welches auch den Erhalt unserer Lebensgrundlagen, möglichst weit in die Zukunft, im Auge hat.

„In Deutschland (...) wird es Zeit, dass wir Demokratie von einem Nachkriegs-Importartikel der Siegermächte zu etwas eigenständig Durchdachtem und Gelebtem gestalten! Dies würde eigentlich die wiedergewonnene Souveränität ausmachen.“³

Johannes Heinrichs zeigt in seinem Buch „Revolution der Demokratie“ auf, dass dies auf Grundlage eines viergegliederten Parlamentarismus, mit Wahlen der einzelnen Parlamente in jährlichem Abstand sehr gut möglich ist.

Zitate:

¹ Johannes Heinrichs: Zusammenfassung „Revolution der Demokratie“, S. 1

² ebd., S. 2

³ ebd., S. 2

Literatur:

Revolution der Demokratie. Eine Realutopie, 444 S., Maas Verlag, Berlin 2003
Demokratiemanifest für die schweigende Mehrheit. Die Revolution der Demokratie in Kürze, Steno Verlag, München 2005
Zusammenfassung von „Revolution der Demokratie“ (s.o.)

„Race Relations“ von Dr. Michaela Dudley

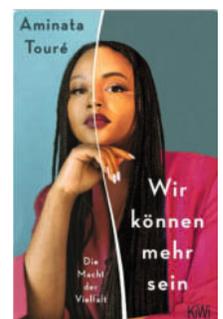
Birgit Said Nicht jedes Buch ist es wert zweimal gelesen zu werden. Jedoch in „Race Relations“ zeigt Dr. Michaela Dudley einmal mehr ihre fundierten Kenntnisse über die Zusammenhänge zwischen Versklavung und Ausbeutung der Schwarzen Menschen bis hin zum Kolonialismus und Rassismus auf. Da lohnt sich das doppelte Lesen zum Verständnis über diese immer wieder heruntergespielten Themen.

Anhand konkreter Recherchen vermag Dr. Michaela Dudley mit ihrer klaren Ausdrucksweise den Lesenden die schonungslose Wahrheit über die weiße Kolonial- und Postkolonialgeschichte zu vermitteln. Sie hebt sowohl weniger bekannte als auch bedeutende Schwarze Aktivist*innen hervor und schildert eindrücklich deren Kampf um gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft. Ihre Wortgewandtheit erstaunt immer wieder – bis hin zum Schmunzeln – und trifft haargenau den Kern des Problems. Und das war und ist der Rassismus, der erstaunlich wenig in der deutschen weißen Gesellschaft reflektiert wird, obwohl wir alle rassistisch sozialisiert werden, von Kindheit an. Als Schwarze afrodeutsche Transfrau ist Dr. Michaela Dudley tagtäglich von Mikroaggressionen betroffen und kann wahrlich ein Lied von Diskriminierung singen, hat sich aber aufs Schreiben konzentriert.

Wenn wir uns bewusstwerden, dass wir alle weiße Menschen in dieser Gesellschaft privilegiert sind und anfangen den Schwarzen, Indigenen Menschen und People of Color (Abk.: BIPOC) zuzuhören und ihre Bücher lesen, können wir aktiv antirassistisch werden und so diesen Menschen mehr Gleichberechtigung und Teilhabe zuteilwerden lassen.

Folgende Bücher Schwarzer Autor*innen kann ich noch empfehlen:

- „Die Schönheit der Differenz“ von Hadija Haruna-Oelker
- „Exit Racism“ von Tupoka Ogette
- „Deutschland. Schwarz Weiß“ von Noah Sow
- „Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen, aber wissen sollten“ von Alice Hasters
- „Wir können mehr sein“ von Aminata Touré



„Feministische Außenpolitik“ – schmerzhaft Beschäftigung mit einem verstörenden Stück Deutschland

Eva Brunnemann

Es ist der Vorbeugung von Verzweiflung geschuldet, dass ich meinen Zynismus nicht mehr bremse angesichts des ausufernden Missbrauchs der Sprache durch die deutsche Außenministerin.

Am 1. März stellten Außenministerin Annalena Bärbock (Grüne) und Entwicklungsmi-
nisterin Svenja Schulze (SPD) medienwirk-
sam ihre „Leitlinien für eine feministische
Außenpolitik“ vor.

Während Kissinger noch freimütig erklärte,
die USA haben keine Freunde, sie haben In-
teressen, hat Bärbock den Krieg nun zum
Heiligtum erklärt. Er wird nicht mehr nur
als Mittel zur Verbreitung westlicher Werte,
„wertebasiert“ im Sinne der Demokratie,
sondern neuerdings auch noch als feminis-
tisch dargestellt.

Feministische Außenpolitik sei nicht gleich-
bedeutend mit Pazifismus, sie erkenne
vielmehr „außenpolitische Realitäten an“
und stelle „sich den daraus erwachsenden
Dilemmata. Sie hat sowohl Werte als auch
Interessen deutscher Außenpolitik im Blick.“
Vom Neusprech ins Deutsche übersetzt: es
geht um die Durchsetzung geostrategischer
und wirtschaftlicher Interessen. Und wenn
es die „außenpolitischen Realitäten“ verlan-
gen, erfordern die „Dilemmata“ eben auch
die enge Zusammenarbeit mit den neuen
Freunden der feministischen Außenpolitik,
welche da z.B. sind:

- Al-Sisi, er führt ein vom Westen
unterstütztes Terrorregime. Human
Rights Watch bezeichnete das
Massaker zu Beginn seiner Diktatur
als das „schlimmste Ereignis
ungesetzlicher Massentötungen in der
modernen Geschichte Ägyptens“
- ultra-reaktionäre Golfmonarchien,
in denen Frauen, Gastarbeiter
und Minderheiten nicht einmal
auf dem Papier über elementare
Grundrechte verfügen
- Prinz Faisal al-Saud, Außenminister
von Saudi-Arabien, dessen
Menschenrechtslage und islamischer
Fundamentalismus bekannt sein dürften

Was bedeutet also feministisch in den au-
ßenpolitischen Realitäten Bärbocks? Wenige
Tage bevor sie als Außenministerin vereidigt
wurde, gab sie der taz ein Interview zu au-
ßenpolitischen Fragen. „Genau diese Frage
der Atomwaffen macht deutlich, dass wir
in Zukunft wieder eine aktive deutsche Au-
ßenpolitik betreiben werden, die sich den Di-
lemmata der globalen Politik stellt“, erklärte
sie. „Wir stehen zu unserer Verantwortung

im Rahmen von Nato und EU und auch zur
nuklearen Teilhabe.“

Ist das das Feministische, dass wir die ato-
märe Aufrüstung nun als „nukleare Teilhabe“
bezeichnen? Es klingt so fürsorglich. Denn
den Begriff der Teilhabe kennen wir aus der
Sozialpolitik. Mit dem Begriff der „Realitä-
ten“ ist alles begründbar. Es bedeutet, was
den eigenen Interessen widerspricht, wird
als unvernünftig oder unrealistisch diskre-
ditiert.

Die Dilemmata der Außenministerin nehmen
kein Ende. Als selbsternannte Völkerrechts-
expertin weiß Bärbock, dass der Westen das
Völkerrecht vorzugsweise dann anerkennt,
wenn es den eigenen Interessen dient, die
in Bärbocks Fall die Interessen der USA und
Nato sind.

Wir kommen nicht umhin, wenigstens einen
kurzen Blick auf die geopolitische Lage zu
werfen, wenn wir die Außenpolitik einordnen
wollen. Ich beziehe mich auf über 50 Jah-
re eigene Erfahrungen zunächst mit west-,
dann gesamtdeutscher Außenpolitik und im
wesentlichen auf die Ausführungen von Bir-
git Mahnkopf, eine Expertin für Geopolitik.
Die USA sind die Guten auf dem Erdenrund.
Das ist gesetzt in Deutschland. Seltsam,
denn die US-Amerikaner gehen ganz offen
damit um, dass sie die Vormachtstellung
auf der Welt beanspruchen und keinesfalls
anderen dieselben Rechte einräumen. Viel-
leicht trage ich Eulen nach Athen, wenn ich
darauf hinweise, dass als Orientierung für
US Außenpolitik seit langem gilt: wer die eu-
rasische Landmasse beherrscht, beherrscht
die Welt. Daher darf keine Macht die Fähig-
keit erlangen, die USA aus Eurasien (pivot
area) zu vertreiben. Auf entsprechenden
Weltkarten ist zu sehen, wie die USA Eurasi-
en militärisch umzingeln.

Die USA fürchten um ihre Dominanz ausge-
löst durch Chinas Aufstieg auf der kapitalis-
tischen Himmelsleiter. Der neue kalte Krieg
begann schon unter Trump. Er verbot Hu-
awei die Nutzung von Android. Inzwischen
sieht das Weiße Haus gar die nationale Si-
cherheit in Gefahr durch die Chip-Industrie
der Chinesen. Biden leitete im vergangenen
Oktober mit einem Mikrochip Verbot einen
totalen Wirtschaftskrieg gegen China ein.
Auch europäische Konzerne beugen sich
dem Export-Verbot.

Bärbock steht klar auf der Seite der impe-
rialistischen Weltpolitik der USA und Nato.
Warum das nicht wirklich das Interesse
Deutschlands sein kann, zumindest aus lin-
ker Sicht, wäre ein weiteres Thema.

Ich möchte hier noch einmal die Frage stel-
len, was hat diese Politik mit Feminismus zu
tun? Ich kann bisher feststellen, dass eine
Sprache verwendet wird, die uns nahelegt,
Fakten mit anderen Gefühlen zu verbinden,
weil wir die dafür gewählten Begriffe aus
gesellschaftlichen Bereichen kennen, die
gar nichts mit Außenpolitik und schon gar
nichts mit Krieg und Gewalt zu tun haben.
„Nukleare Teilhabe“ – zu schön um es nicht
noch einmal zu erwähnen. Entwicklung-
zusammenarbeit klingt so freundlich, ko-
operativ, nach auf Augenhöhe handelnden
Akteuren. Entwicklungshilfe gab schon im
Begriff ein asymmetrisches Verhältnis vor.
Aber hat sich tatsächlich etwas geändert?
Die „Entwicklungshilfe“ floss als Subventi-
onen in deutsche Konzerne, die damit im
Ausland ihre Fabriken bauten und von billi-
gen Arbeitskräften profitierten. So weit ich
weiß, werden weiterhin in kolonialer Manier
Länder und Kontinente geplündert, ob nun
als Hilfe oder Zusammenarbeit bezeichnet.
Und um diese Ausbeutung sicher zu stellen,
brauchen wir die Nato. Damit sind wir wieder
bei der grundsätzlichen Frage, ist das unse-
re Vorstellung von der Welt? Ein Natoblock,
der die Welt beherrscht unter Führung der
USA? Stärker, mächtiger, höher, schneller,
weiter, im Wettbewerb bis in die alles um-
fassende Erschöpfung? Diese Sicht wird uns
als realistisch verkauft. Der Realismus, auch
als Vernunft bekannt, bilde den Rahmen der
Politik. Ist es nicht in Wahrheit umgekehrt?
Nur das, was wir benennen, erschafft die
Möglichkeiten für Veränderung, wird uns zu
eigen und kann zur Realität werden.

Die Grünen waren schon einmal viel wei-
ter. „Es war gut, dass die Grünen einst über
Kriegseinsätze stritten. Und es ist furchter-
regend, wie sie und ihr Milieu es nicht mehr
tun. Wann wird in diesem Land wieder in alle
Richtungen argumentiert?“ schreibt die Süd-
deutsche.

Die Grünen verkörperten mit Petra Kelly,
Ikone der Friedensbewegung, an der Spitze
die Hoffnung auf eine bessere Welt. Petra
Kelly war eine globale Aktivistin, ihre An-
liegen waren universell: Menschenrechte,
Gerechtigkeit, Bewahrung der ökologischen
Lebensgrundlagen, Gleichberechtigung, Ge-
waltfreiheit.

Die Friedensbewegung in der BRD der 80er
Jahre ist bis heute legendär. Der „Krefelder
Appell“ wandte sich gegen die Stationie-
rung US-amerikanischer Erstschlagwaffen
in Deutschland und in Europa und hatte am
Ende über fünf Millionen Unterschriften.
Rund 300.000 Menschen demonstrieren
am 10. Oktober 1981 in Bonn gegen den
NATO-Doppelbeschluss. Eine halbe Million

kamen 1983 allein in Bonn zusammen, um für den Frieden zu demonstrieren. Ich war 1982 dabei mit 400 000 Menschen, ein unvergessliches Erlebnis.

Auch damals wurde immer wieder versucht, den Protest zu delegitimieren. Helmut Schmidt bezeichnete die Demonstranten als infantil, Josef Strauß bezeichnete sie als „umgekehrten Reichsparteitag“ (CSU prägte damals wie heute Begriffe in Bildzeitungsmanier, siehe „Klimaterroristen“.) Oppositionsführer Helmut Kohl und Friedrich Zimmermann stellten einen Antrag im Bundestag, die Friedensdemonstration als „gegen die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik“ zu verurteilen, stelle sie doch ein eindeutiges Interesse Moskaus dar.

Von einer nennenswerten Friedensbewegung kann heute nicht die Rede sein. Die einzige Initiative mit Reichweite ist das „Manifest für den Frieden“ von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer. Und natürlich wird es verrissen, aber nicht wie früher nur von konservativer Seite und aus der rechten Ecke, nein, heftige Kritik kommt von links mit Querfrontvorwurf. In den Medien geht es vor allem darum, die beiden durch den Kakao zu ziehen und zu diskreditieren. Das passt in den Tenor der Leitmedien, für die es nur Gut und Böse gibt. Jede kritische Äußerung zur Regierungspolitik macht dich zur „Putinschlampe“, weiß ich aus eigener Erfahrung. Der „Hart aber fair“-Moderator Klamroth wollte unbedingt seine „Wahrheit“ gegen die „Lügen“ von Sahra Wagenknecht durchsetzen, dass nämlich ausschließlich russische Soldaten vergewaltigen, auf Seiten der Ukrainer ist davon nichts bekannt. Es ist traurig und verwerflich, dass alles Leid, so auch Vergewaltigungen, instrumentalisiert wird, um wieder ein Pfund in die eigene Waagschale zu werfen, andere Positionen zu diskreditieren.

Traurig und wenig hilfreich sind auch Auftritte wie der von Katja Kipping am 1. März bei Lanz, sie sagte über Wagenknecht: Als Linke demonstriert man nicht mit Nazis. Auf der Demonstration in Berlin zeigte sich indes keine Querfront. „Die Anwesenheit einzelner bekannter AfD-Landespolitiker oder des rechten YouTubers Nikolai Nerling hatte nicht den Effekt, die Gemengelage zu dominieren. Sahra Wagenknecht griff den Vorwurf sogar explizit auf, indem sie sagte: »Seit wann ist der Ruf nach Frieden rechts, und Kriegsbesoffenheit links? Einige haben wohl vollkommen ihren politischen Kompass verloren«. Die Querfront, das deutete Schwarzer an, bilde sich nicht auf dieser Demo, sondern bei ihren Kritikerinnen und Kritikern. Doch man lasse sich nicht einschüchtern.«¹ In dem Punkt gebe ich Alice Schwarzer recht. Die Kritik erfüllt, wenn auch ungewollt, sehr oft die Erwartungen der AfD, Björn Höckes und anderer, die genau wissen, wie sie die Linke spalten und schwächen können.

Unsere Parteivorsitzende Janine Wissler begründete in der Berliner Morgenpost ihre Nichtteilnahme damit, dass die Abgrenzung nach rechts nicht eindeutig sei und das Manifest »Leerstellen« aufweise. Sie hat aber damit eine noch größere Leerstelle geschaffen und sie der Besetzung von rechts überlassen, statt die Leerstellen mit linken Inhalten zu füllen. Mit linken Taten füllten diese Leerstellen all jene, die dafür sorgten, dass rechte Banner und Symbole vom Platz verschwanden. Das finde ich die schönste Nachricht. Deshalb möchte ich mit diesen enden.

Übrigens, ich habe das Manifest unterschrieben. Es ist das beste, das wir haben.

① Vortrag von Birgit Mahnkopf auf: <https://youtu.be/UjONY7kvQVo>

Für den Frieden

Hella Vogel In diesen Wochen steht die Menschheit einem 3. Weltkrieg gefährlich nahe. Trotz, dass die meisten einen solchen nicht wollen, streitet man über Inhalt und Ziel der Friedensbewegung. Diese gab es auch in der deutschen Geschichte, aber leider nicht entschieden genug. Die deutsche Friedensgesellschaft vertrat vor dem 1. Weltkrieg eine Minderheit und wurde sogar als „undeutsch“ und „unmännlich“ abgelehnt. Bertha von Suttner, die erste Friedensnobelpreisträgerin, war hierbei eine wichtige Vertreterin. Verhaftungen und Repressionen trafen viele. Nur selten fand die organisierte Friedensbewegung Resonanz bei demokratischen Parteien. Karl Liebknecht wurde aufgrund seiner Ablehnung der Kriegskredite im Reichstag im Dezember 1914 aus der SPD ausgeschlossen, später inhaftiert und ermordet. Er äußerte sich, dass der Militarismus den Stumpfsinn der Menschen brauche, damit er die Masse wie eine Herde Vieh treiben könne.

Auch vor dem Beginn des 2. Weltkrieges hatte die Friedensbewegung kaum Einfluss bei den demokratischen Parteien. Wenn, wurden ihre Vertreter von den Nationalisten verfolgt, mussten ins Ausland fliehen oder starben an den Folgen der Haft, wie der Friedensnobelpreisträger von 1935, Carl von Ossietzky. Die Ergebnisse sind uns allen bekannt, in beiden Weltkriegen starben auf allen Seiten Millionen Menschen.

Wir sprechen heute gern davon, dass wir in einem freiheitlich demokratischen Staat leben. Hier dürfte also eine Friedensbestrebung kein Problem sein. Leider stößt man immer wieder auf das Prinzip: Recht haben wollen, bei Strafe des Unterganges. Wenn sich in Berlin und anderen Orten Tausende versammeln, dann ist das hervorragend! Nur so merken die Militärstrategen, dass sie nicht über die Köpfe der Völker hinweggehen können. Jede weitere Aufrüstung schadet dem sozialen Gefüge der Welt und kostet Menschenleben. Besinnen wir uns und gehen aufeinander zu. Wir alle überleben den nächsten Krieg nicht.



Am 24. Februar, dem Jahrestag des russischen Einmarschs in die Ukraine, demonstrierte DIE LINKE für Frieden.

Foto: Adam Bednarsky



¹ Ines Schwerdner, Neue alte Friedensbewegung, JACOBIN Magazin



Foto: Pixabay, CC0

Sollte man kaputte Toaster reparieren?

Luise Neuhaus-Wartenberg (Kreisvorsitzende DIE LINKE, Nordwestsachsen) Wirst du auf dem Land groß, bleibst dann noch dort oder landest dort später durch irgendwelche Umstände, ist es kompliziert. Als Frau vor allem. Warum das so ist, sagt schon die Demografie. Wenn ich mir Nordsachsen, (im Übrigen der am dünnsten besiedelte sächsische Landkreis), meine politische Hood, so anschau, sieht es eher mau aus. Seit 1990 sind so viele weggegangen. Vor allem Frauen zwischen 20 und 40 Jahren. Woanders gab es mehr Möglichkeiten, zu Arbeiten, zu Leben, Ihr wisst, was ich meine. Geblieben sind vor allem die Älteren. Die sind heute immer noch da, nur eben noch älter. Fährst du also nach Nordsachsen, triffst du gefühlt auf einen regelrechten Männerüberschuss, wo man geht und steht. Egal, ob an der Supermarktkasse oder im Stadtrat.

Ja, formal sind in Nordsachsen die Hälfte Frauen, aber die sind weder besonders laut noch treten sie so in der Masse auf wie ihr männliches Pendant.

Jetzt kann man sich natürlich denken, was es also bedeutet als Frau in diesem Nordsachsen nicht nur laut, sondern eben auch politisch unterwegs zu sein. Eigentlich kannst du nur Land gewinnen. Mit linker Politik und dann noch als Frau hast du auf dem Land eher nicht so gute Karten. Linke feministische Ideen und Vorstellungen werden nicht besonders herzlich empfangen.

Politische Bildung ist eben bis heute zu dünn gesät. Was können wir also tun, um speziell für Frauen etwas zu tun? Wie können die ländlichen Räume mehr als bisher den Frauen die Chance bieten, sich selbst zu verwirklichen, ob im Beruf, bei der Planbarkeit des privaten Lebens oder im gesellschaftlichen Engagement? Wo können Po-

litik, Kommunen, Wirtschaft, Vereine und Verbände ansetzen? Dabei kann es nicht nur um Infrastrukturangebote und Mobilität gehen, um das Angebot an Arbeitsplätzen, Kitas und Schulen etwa oder um bezahlbare, moderne Wohnungen. Es muss ebenso um Organisationsformen gehen. Finden Frauen z. B. ausreichend Möglichkeiten, auf den relevanten Entscheidungs- und Gestaltungsebenen mitzureden?



Foto: privat

Oftmals ist es reines Glück, ob man in ein politisches Umfeld kommt, ob die strukturellen Bedingungen es hergeben, dass man Zugänge und Ressourcen für politische Arbeit bekommt. Und na klar geht es auch um ein bestimmtes Rollenverständnis, um Rollenerwartungen an Frauen. Die sind nicht so leicht aufzubrechen. Das ist bekanntermaßen überall so. Dennoch möchte ich an

dieser Stelle schreiben, dass mein Kreisverband in Nordsachsen mich mit offenen Armen empfangen hat und wir mit allem möglichen Wohlwollen und Verständnis auf die gegenseitigen Mühen des politischen Alltages schauen. Das hilft sehr.

Grundsätzlich höre ich sehr oft von nordsächsischen ehrenamtlich engagierten Frauen: „Entweder du schaffst dir selbst Strukturen oder du rutschst trotzdem in eher männerdominierte Gruppen.“

Aber, und jetzt kommt das ganz große Aber. Auch wenn auf dem Land vielleicht nicht mal die Aussicht für alles entschädigt, weil die nicht besonders rosig ist (landschaftlich schon, nur nicht gesellschaftlich), bleibt eines: Es soll bitte für uns Frauen keine Option sein, diesem oftmals aussichtslosen Gefühl zu erliegen. Denn Aussicht hin oder her, es ist politische und gesellschaftliche Verantwortung, etwas zu tun. Es ist eben nicht egal, wer im Stadtrat sitzt oder Bürgermeister:in wird, völlig Hupe wie klein der Ort ist. Es ist nicht egal, dass sich immer noch jeden Montag hunderte Menschen, vornehmlich Männer, sammeln. Es ist nicht egal, dass es Hupe ist, ob nun ein kaputter Toaster kandidiert oder nicht, die Leute aber trotzdem extremrechts wählen. Es ist nicht egal, dass Viele mit Begriffen wie Demokratie und Politik nur Negatives assoziieren. Es ist nicht egal! Ich möchte, dass die Menschen wegkommen von kaputten Toastern, von Verschwörungstheorien und rechtem Gedankengut. Dafür braucht es Vertrauen in Strukturen, Institutionen..Dieses Vertrauen sollte man reparieren und nicht die kaputten Toaster. Demokratie fetzt. Erst recht für und mit Frauen, wenn es echte Möglichkeiten gibt, jenseits von den allgemeinen Lippenbekenntnissen, sich beteiligen zu können.

Das würde ich gern überall rausposaunen.

Deine, meine, unsere Oma

Angela Fuchs In meinem Arbeitsleben habe ich auch Zeit auf den Stationen von Pflegeheimen verbracht. Nachtdienste, Frühschichten, extreme Arbeitsbelastung, Zuhause auch noch eine Mutter zu versorgen - und die Kinder - und die Partei - und die permanente Aufforderung doch nun endlich mal Selbstfürsorge zu betreiben. Außerdem soll man als Frau ja dolle feministisch sein - ein Stress. Als Frau, Mutter, Tochter, Partnerin, Schwester, Genossin, Pflegerin und Therapeutin verbringt man viele Stunden damit anderen ein gutes Gefühl zu vermitteln. Oft hatte ich den Eindruck wenn ich nach diesem Bewohner*innenzimmer aufhöre zu lächeln kann ich nie wieder damit anfangen, wenn ich jetzt weine kann ich nicht mehr aufhören. Soviel zu meinem Innenleben in der Altenpflege.

Doch ein andere Punkt brennt mir viel mehr unter den Nägeln.

Geschlechtsspezifische Gewalt in der Pflege ist mir immer wieder begegnet und mit ihr auch die Ohnmacht aller die damit konfrontiert waren. Ich arbeitete auf einer Korsakow-Station eines Altenpflegeheims und als ich dort meine Arbeit aufnahm wunderte ich mich warum bei einer Dame fröhs die Tür immer verschlossen ist. Eines Tages fragte ich sie, in meiner ersten Nachtschicht warum dies so wichtig sei. Mich verwunderte es, wie nachdrücklich sie mich an das Verschießen der Zimmertür erinnerte. Sie berichtete das schon 3 mal in der Nacht Männer in ihr Zimmer gekommen waren und sie sexuell belästigten. Bei der Teambesprechung sprach ich das an und es stellte sich heraus das niemand eine Idee habe was da zu tun sei. Alle wissen davon und man habe auch eine Ahnung wer es war, man habe nach den Ereignissen spuren von anderen Bewohnern im Zimmer gefunden.

Einer anderen Bewohnerin (42 J.) mit kognitiven Einschränkungen und unter gerichtlich bestellter Betreuung. Dieser wurden Verhütungsmittel gegeben, es war in der Umsetzung so, dass sie nicht einmal Kenntnis darüber hatte. Die Einrichtung hat auf den Betreuer eingewirkt er möge das veranlassen - er tat es. Die selbe Person wurde zu Beginn von Corona 2 Wochen lang in einem Einzelzimmer isoliert, weil "die treibt sich ja überall rum" war die Aussage des Pflegepersonals. Es schien ihnen zu gefährlich eine Ansteckung der anderen Bewohner:innen zu riskieren. Die Isolation ohne Radio, TV, Zeitschriften oder ähnliches wurde 4 mal am Tag unterbrochen wenn ihr jemand etwas zu essen brachte. Dieser Vorgang dauerte im Schnitt wenige Sekunden und es kam kaum zu einem menschlichen Austausch. Das ist unter keinen Umständen mit den Menschenrechten zu vereinbaren.

Auf einem Demenzbereich ist es immer wieder dazu gekommen das ein Bewohner die alten Damen in sein Zimmer zerrte, ich "befreite" selbst oft Damen aus dieser Situation. Das Team war mit dieser Situation so überfordert das immer wieder neue Strategien versucht und verworfen wurden. Immer neue Anläufe, neue Medikamente doch eine Lösung des Problems stellte sich nicht ein. Jedoch gab es auch bei einigen Kolleg:innen Aussagen wie "na zum Glück sind die Dement, die vergessen das eh wieder". Eine solche Aussage ist nicht auf mangelnde Empathie zurückzuführen, sondern eher Ausdruck von Moral und Hingabe, die an den Verhältnissen und Gegebenheiten längst zerbrochen sind. Fakt ist, sie Leiden unter der erduldeten Gewalt und es ist noch viel brutaler wenn man Leid und Schmerz verspürt und keine Ahnung hat wo dies her kommt.

Das sind einige kleine Praxisbeispiele doch auch sexistisches Verhalten oder sexualisierte Gewalt von Angehörigen gegenüber zu Pflegenden oder gegen weiblich gelesenes Personal stehen auf der Tagesordnung. Kurz um es ist ein Abbild einer verstörend sexistischen Gesellschaft und das wo der Tod oft schon näher ist als das Leben. Wenn man sich dieser Tatsache stellt muss man sich zwingend auch Gewahr werden das es die Sicherheit vor gewaltvollem sexualisierten Verhalten unter den bestehenden Verhältnissen schlicht nicht geben kann.

Wir schauen als Gesellschaft sträflich weg und lassen die Schutzbedürftigsten unter uns allein und bei denen, die die Kraft aufbringen laut zu werden und die Missstände aufzuzeigen reagieren wir Verhalten und oftmals viel zu spät - wenn wir denn überhaupt zuhören wollen. Gerade in diesem Bereich ist

die Datenlage extrem dünn - also quasi nur in homöopathischen Dosen vorhanden. Zum einen gestaltet sich eine Datenerhebung extrem schwierig - die alten Menschen sind oft nicht mehr ausreichend Orientiert um studien-taugliche Auskünfte zu geben. Eine Studie von 2022 die zu Gewalt in Altenpflegeeinrichtungen geforscht hat ergab aber das 38% des Pflegepersonals Kenntnis von sexualisierter Gewalt zwischen Bewohner:innen haben. Diese Zahl ist so erschreckend hoch das man sich kaum vorstellen kann das es keine flächendeckende Präventionsarbeit hierzu gibt, außerdem sind die Menschen, die wir in den Pflegeheimen einmal verräumt haben offenbar für die wichtigen Personen in der Leistungsgesellschaft unsichtbar.

Doch was kann man denn tun? Mal sagen was da los ist! Von der Wiege bis zu Bahre gilt die Frau dem Manne immer noch als Ware, verzeiht den Reim. Wir müssen Verantwortung übernehmen für jene Mütter, Großmütter, Tanten und Nachbarinnen die im besten Falle uns als Kindern den benötigten Schutz gaben. Es braucht Unterstützung von Pflegenden auch Warnsignale zu erkennen wenn die Damen nicht mehr sagen können was sie erdulden müssen. Man könnte über männerlose Pflegestationen sprechen, über Schulungen, Hilfsprogramme und der Personalschlüssel sollte für alle auf ein moralisch vertretbares Niveau angehoben werden. Mit dem einfachen Slogan »Mehr Geld ...« ist es hier nicht getan. Hier muss eine Linke Forderung »Mehr Würde...« lauten. Alles andere wäre schäbig und mit einen sozialen Gedanken nicht zu vereinbaren. Die aller meisten Angehörigen und Pflegenden bemühen sich unermüdlich um die Würde jener auf ihrem letzten Lebensabschnitt und wir alle haben ihnen viel zu verdanken also sollten wir etwas genauer hinsehen.



Universelle Rechte für alle – besonderer Schutz für vulnerable Gruppen!

Juliane Nagel Als LINKE sind wir die Partei der Humanität, die Partei, die sich für die bedingungslose Teilhabe aller Menschen an dieser Gesellschaft einsetzt. Dies gilt in besonderer Weise auch für FLINTA, die hierher flüchten und migrieren.

2022 lag der Anteil von Frauen und Mädchen, die vor Krieg, Verfolgung und Not nach Deutschland flüchteten bei zirka einem Drittel. Und das ist wenig verwunderlich. Das Fehlen legaler und sicherer Fluchtwege führt dazu, dass insbesondere Frauen zurückbleiben. Die oft monatelange Flucht über das Mittelmeer oder den Landweg, das Überqueren militärisch gesicherter EU-Außengrenzen, die Gewalt der Grenzpolizeien und Push-Backs sind für schutzbedürftige Menschen besonders gefährlich und abschreckend.

Bei den Millionen Ukrainer*innen, die infolge des russischen Angriffs am 24. Februar 2022 aus ihrem Land flüchten mussten, drehte sich das Geschlechterverhältnis um: es kamen über zwei Drittel Frauen. Auch hier liegen die Hintergründe auf der Hand: Männer zwischen 18 und 60 Jahren müssen sich für den Wehrdienst bereit halten.

Die Europäische Union schreibt in verschiedenen Richtlinien besondere Garantien für schutzbedürftige Gruppen, wozu FLINTA, Kinder, Opfer von Folter und Menschenhandel, Schwangere und alte Menschen gehören fest. Laut EU-Verfahrensrichtlinie ist zeitnah nach Asylantragstellung festzustellen, ob eine antragstellende Person besondere Unterstützung im Asylverfahren

benötigt. Die EU-Aufnahmerichtlinie sieht eine Erkennung von besonderen Schutzbedarfen vor, woraus eine bedarfsgerechte Unterbringung und Versorgung folgen sollen.

Deutschland hat diese EU-rechtlichen Garantien noch immer ungenügend umgesetzt – zulasten der Situation von Frauen und anderen vulnerablen Gruppen. In Sachsen zeigen sich die Defizite vor allem in der Unterbringung und mangelnden staatlichen bzw. staatlich geförderten Fürsorgestrukturen. Ich besuche regelmäßig Erstaufnahmeeinrichtungen in Sachsen, wo Geflüchtete bis zu anderthalb Jahre nach ihrer Ankunft wohnen müssen – unter fragwürdigen Bedingungen und unter Suspensierung grundlegender Rechte. Die Zustände sind zumeist desaströs. In Mockau, neben der Neuen Messe, leben Menschen in riesigen Leichtbauhallen, in notdürftig abgetrennten Bereichen. Die ärztliche Versorgung ist defizitär. Die sanitären Anlagen sind nur mit Gang über den unbefestigten Hof zu erreichen, über eine lange Zeit waren hier nicht mal sanitäre Räume verschließbar, queere Geflüchtete wurden Opfer von Diskriminierung und Attacken. Durch öffentliche Berichterstattung und einen gemeinsamen Besuch mit Vertreter*innen von Flüchtlingsrat und Rosalinde konnten wir hier zumindest kleine Verbesserungen erzielen.

Ein systematisches Vorgehen um Bedarfe von Schutzbedürftigen zu erkennen, gibt es in Sachsen ebenso wenig wie Bemühungen die Unterbringung zu verbessern bzw. den

Aufenthalt in den Camps zu verkürzen. Als Linksfraktion im Landtag kämpfen wir schon lange mit zivilgesellschaftlichen Initiativen für eine Verbesserung der Unterbringungsbedingungen, mehr Schutzmechanismen für vulnerable Gruppen und den Zugang von Beratungsstrukturen zu den hermetisch abgeschotteten Erstaufnahmeeinrichtungen. Im Grunde müssten diese Massenunterkünfte der Entrechtung abgeschafft werden.

Der Umgang mit den ukrainischen Geflüchteten hat klar vor Augen geführt, dass ein anderer, humaner Umgang möglich ist. Die freie Wahl des Wohnorts, der unmittelbare Zugang zu einer eigenen Wohnung, zu Gesundheitsversorgung, Bildung und Arbeit: All das bleibt den aus anderen Kriegsgebieten und Notlagen Flüchtenden verwehrt. Von Hetze sind alle betroffen: Ukrainer*innen werden auch in Leipzig als „Nazis“ oder „Sozialbetrüger“ beschimpft, Menschen aus asiatischen oder afrikanischen Staaten zumeist grundsätzlich abgelehnt. Während FLINTA durch die defizitären Aufnahme- und Versorgungsstrukturen unzureichend geschützt sind, richtet sich gesellschaftliche Ablehnung zumeist gegen (junge) Männer. Als Partei, die für Humanität und universelle Rechte steht, sind all diese Formen von Diskriminierung nicht zu dulden. Wir arbeiten für strukturelle Veränderungen und stehen gegen Rassismus auf, leisten praktisch Solidarität und tun gut daran Genoss*innen mit Flucht- und Migrationshintergrund auch in unseren Reihen sichtbarer und wirksamer werden zu lassen.

Festveranstaltung zum Internationalen Frauentag

Johanna Glameyer Am 4.3.2023 war der Sächsische Landtag gewissermaßen in Frauenhand. Eingeladen hatte die Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, Frau Katja Meier. Und, anders als an Sitzungstagen, kamen sie, die Frauen, die im Sächsischen Landtag sonst immer noch in deutlicher Minderheit präsent sind. Sie kamen – vielfach und vielfältig in Alter, ethnischer Zugehörigkeit, politischer Orientierung, Funktion, Beruf und Berufung. Seit mehr als zehn Jahren wird anlässlich des Internationalen Frauentages eine Festveranstaltung von der Staatsregierung ausge-

richtet. Der Festakt variiert thematisch und unterstreicht dabei immer das Recht der Frauen auf gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft. Diesjähriger thematischer Schwerpunkt war die „Chancengleichheit bei politischen Mandaten“, mit dem Wunsch nach „Mehr Frauen in die Politik“.

Nachvollziehbar und gleichzeitig bedauerlicherweise übergab die souverän wirkende Vertretungs-Moderatorin das Wort als erstes für seine Begrüßung an Herrn Landtagspräsident Dr. Matthias Röbber. Nachvollziehbar war dieser erste Redebeitrag aufgrund

seines Amtes, bedauerlich, weil seine Ansprache schlecht vorbereitet schien – dies sowohl sprachlich wie inhaltlich. War das schlechte Tagesform oder lag es am Thema?

Interessante Einblicke gab hingegen Frau Staatsministerin Katja Meier mit Ihrem Redebeitrag, besonders zu Parität von Frauen und Männern in der Politik. Hier führte sie mit erkennbarem Bedauern aus, dass Frauen nach wie vor unterrepräsentiert seien und verwies auf den durch ihr Ministerium beauftragten Maßnahmenkatalog der Fachkommission zur Gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an Wahlämtern, welcher zum Ziel hat, diese Situation dauerhaft zu verändern bzw. möglichst zu beenden.

Mit Rita Süßmuth hatte die Gleichstellungsministerin eine Gesprächspartnerin zum Festtag geladen, deren Buch mit dem Titel „Parität jetzt!: Wider die Ungleichheit



Foto: Kathrin Möller

Kunst, Kultur und ganz viel Austausch im Ostbüro

Kathrin Möller, Johanna Glameyer und Beate Ehms Am 02.03.23 haben Sonja Buchterkirchen und Johanna Glameyer von der AG Lisa unseren ersten feministische Kulturabend im Ostbüro veranstaltet. Im Rahmen der Streikwoche zum Internationalen Frauentag waren kulturbegeisterte Frauen eingeladen, sich mit eigenen Beiträgen vorzustellen, sodass wir vier Künstlerinnen zum Gespräch aufs Podium bitten konnten.

Die Beiträge reichten von Gedichten über Fotomontagen und Collagen und hätten sicher noch für weitere Abende Gesprächsstoff geliefert.

Den Anfang machte ein sehr bildreiches Gedicht, das uns über weibliche Identität und die Konstanten und Veränderungen im eigenen Ich nachdenken lies – auch wenn es augenscheinlich doch nur um einen Teppich ging! Der sehr dichte und ansprechende Text ist, wie auch zwei andere Beiträge für diesen Abend, zum Anlass unserer Veranstaltung und zum internationalen Frauentag entstanden. Wir freuen uns sehr, dass wir mit unserer Einladung Impulse setzen konnten.

A propos bildreich: durch den zweiten Beitrag haben wir gelernt, dass in dem ver-

meintlichen Tabuthema Menstruationsblut eine kreative Kraft für Kunstwerken liegen kann, die wir nicht so schnell vergessen werden. Die Künstlerin fotografierte das Blut in der Keramikschüssel ihrer Toilette und bearbeitete die Bilder zu Montagen. Die Ergebnisse waren nicht nur sehr schön (wir sahen Blüten, Aquarelle oder Vulven, je nach Betrachterin), sondern regten uns zu einer Debatte darüber an, wie sich die Wahrnehmung des Themas Menstruation in den letzten Jahren entwickelt hat. Von gelegentlichen Rückschlägen (Pinky Gloves!) einmal abgesehen, waren wir uns einig, dass es vielerorts eine positive Entwicklung gibt. Das Thema nimmt mehr Raum (auch öffentlichen) ein und Frauen sind zunehmend in der Lage, sich selbstbestimmt von schambehafteten Dogmen zu befreien.

Ganz ohne Absprache befasste sich der nächste textliche Beitrag ebenso mit diesem Thema: Ein Gedichtzyklus mit dem wunderbaren Namen „Menstruationszyklus“. Die Autorin, die fachlich sowohl in der Biomedizin als auch in der Theologie bewandert ist, las fünf Gedichte vor, die uns wegen ihrer wechselnden und immer passenden Tonalität zum Lachen brachten, mitfühlend aufstöhnen und heftig mit dem Kopf nicken

ließen. Auch hier wurde die Scham und die sinnlosen Mythen, die im Patriarchat um die Menstruation gesponnen werden, eindrücklich thematisiert.

Zu guter Letzt begaben wir uns mit einer Collage, die in der Familie der Künstlerin in Kollaboration entstanden ist, auf eine Zeitreise auf den Spuren des im Iran verwurzelten Bahā ī-Glaubens. Ausgangspunkt der lebendigen Collage ist ein Zitat Abdul Bahas, das dem Wunsch und dem Glauben Ausdruck verleiht, dass ein Zeitalter des ausgewogenen Zusammenspiels dessen, was als männlich und weiblich gesehen wird, kommen kann. Die Aktualität des hundert Jahre alten Zitates lies uns feministische Errungenschaften der Vergangenheit feiern und Hoffnung für alle weiteren Kämpfe schöpfen. Wir kamen mit der Künstlerin, die im Antidiskriminierungsbüro Leipzig arbeitet, nahtlos auf Themen des intersektionalen Feminismus und die Kämpfe der Frauen im Iran zu sprechen.

Wir freuen uns sehr, dass unsere erste Veranstaltung dieser Art so abwechslungsreich und inspirierend verlief und feiern den Internationalen Frauentag im Wissen, neue feministische Bande geknüpft zu haben.



Fotos: Kathrin Möller

von Frauen und Männern - Eine Streitschrift“ 2022 erschienen war. Aus diesem zitierte Frau Katja Meier einige Stellen, die sie besonders angesprochen hatten und nutzte sie als Grundlage für ihr Gespräch mit Frau Bundestagspräsidentin a.D. Prof. Dr. Rita Süssmuth. Diese hat unzweifelhaft durch ihr Leben und ihre politische Arbeit aussagekräftige wie bleibende Beiträge in und für Politik und Gesellschaft geleistet. Frau Süssmuth brachte es prägnant auf den Punkt: Es geht nicht um Quote sondern um Parität. Immerhin wurde die Gleichberechtigung von Männern und Frauen vor über 70 Jahren im Grundgesetz verankert. Doch, so konstatiert Frau Süssmuth mit ihrem Buch, fehlt bis heute politisch der Wille zur konsequenten Umsetzung.

Für rhythmische Auflockerung sorgten die Dresdner Salon Damen, mit ihrem 25jährigen Bestehen die älteste Damenband Dresdens. Fatemeh Ameri gab einen beeindruckenden

und berührenden „Zwischenruf zur Lage der Frauen im Iran“ mit der Aufforderung nach Gehör, Anerkennung und Unterstützung der couragierten Iranerinnen.

Wie im Gespräch mit Frau Dr. Süssmuth ging es bei der späteren Podiumsdiskussion um das Verständnis, dass Frauenrechte Menschenrechte sind, um die Chancen und Rahmenbedingungen politischer Teilhabe von Frauen und hier besonders die Chancengerechtigkeit bei der Bewerbung um Mandate und Ämter.

Eine, die den Weg in die Politik erfolgreich geschafft hat durften wir während des Podiums näher kennen lernen. Frau Kathrin Uhlemann ist seit 15.01.2022 Bürgermeisterin der Großen Kreisstadt Niesky und nimmt seitdem auf Geschehen vor Ort Einfluss aus weiblicher Sicht. Für sie ist nach eigener Aussage z. B. Parität bei der Besetzung von Gremien eine Selbstverständlichkeit.

Last but not least beeindruckte Jesse James LaFleur, Spoken Word Artist, mit ihren Appellen und ihrem wortgewandten wie wortgewaltigen Beitrag, in dem sie Schlaglichter aus gut 100 Jahren Frauengeschichte kompakt präsentierte. Abseits großer Städte wählte Jesse James LaFleur den Osten Deutschlands, um dort Kraft des Wortes junge Menschen eine Bühne jenseits des Abseits zu eröffnen.

Bei einem anschließenden Empfang nutzten die Besucherinnen bei einem Imbiss die verbleibende Zeit für den persönlichen Austausch mit Politikerinnen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen. Diese Möglichkeit war besonders gedacht für Frauen, die Interesse an der Übernahme eines Wahlamtes haben. Vereine und Initiativen boten an ihren Informationsständen Material zu Themen wie Aufstellung, Kandidatur, Wahlkampf, Vereinbarkeit von Familie, Beruf und politischem Ehrenamt an.

Das Leben ins Zentrum stellen!

Eva Brunnemann Feministische Forderungen sind umfassend. Das müssen sie sein, wenn sie dem Ausmaß an notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen gerecht werden wollen. Sie verweisen auf einen grundlegenden Wechsel weg vom Profit hin zum Leben und dies in allen Bereichen. Die Ausbeutung von Sorgearbeit kann, genauso wie die Ausbeutung der ökologischen Ressourcen, auf Dauer nicht aufgehen. Deshalb werden wir nicht darum herumkommen, Sorgearbeit – und das enthält auch die Sorge um den Planeten – ins Zentrum der Gesellschaft und der Wirtschaft zu stellen. Die Sorge für andere, für das Gemeinwohl, für die Natur und als Basis die Sorge für sich selbst, Tag für Tag und in den Wechselfällen des Lebens ist abhängig von den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen und keine Privatangelegenheit. Das Leben wird seit Jahrzehnten immer mehr ökonomischen Kriterien unterworfen. Die Folgen treffen uns hart. Viele bleiben auf der Strecke.

Leben im öffentlichen Raum und Mobilität für alle

Feministische Forderungen lassen niemanden zurück. Am Beispiel Mobilität möchte ich es kurz verdeutlichen. Während Verkehrsminister Wissing Politik macht für leistungsstarke Individuen mit Führerschein und hohem Einkommen, bedenkt das feministische Mobilitätskonzept die Bedürfnisse

der Vielen: Menschen, die kein Auto haben oder nicht fahren dürfen oder können, und diejenigen, die als Sorgetragende viele Wege zurücklegen für Einkauf, Hilfsbedürftige begleiten, Arztbesuche, Besorgungen ... oder diejenigen, die durch die Dominanz des Autos massiv gefährdet sind und in ihren Bewegungsmöglichkeiten eingeschränkt werden wie z.B. Kinder. Für die meisten Menschen spielt die Möglichkeit, in einem Porsche mit 200 Sachen über die Autobahn zu rasen, keine große Rolle. Der normierte Prototyp Mensch, für den derart neoliberale Politik gemacht wird, ist eine Ausnahmegehalt. „Biografisch ist das »im vollen Saft Stehen« eher die Ausnahme als der Regelfall. Bevor man überhaupt annähernd erwachsen ist, halbwegs weiß, was man will, irgendetwas Nützliches gelernt hat, vergehen mindestens 25 Jahre. Wenn man Glück hat, fangen erst mit 55 die ersten Zipperlein an, aber krank, in der Krise, schwanger, von Liebeskummer geschüttelt, um Gestorbene trauernd, ab und zu von Unfällen, Missgeschicken oder bösen Kindheitserinnerungen heimgesucht, ist man zwischendurch auf jeden Fall. Und wenn all die Menschen, für die man zwischendurch gesorgt und Verantwortung übernommen hat, entweder erwachsen oder tot sind, ist man plötzlich selber alt, müde und tüddelig.“¹ weiß Heide Lutosch und beschreibt anschaulich, was die Vielen bewegt.

Der öffentliche Raum in unseren Städten gehört zu etwa 60 % dem motorisierten Individualverkehr (MIV), also den Autos. Ein Parkplatz ist größer als die meisten Kinderzimmer. Befahrene Straßen machen den öffentlichen Raum zu einem gefährlichen Ort. Darüber hinaus verschlingt der MIV sehr viel Geld, schmälert unsere Lebenserwartung durch Abgase, schädigt die Gesundheit durch Lärm. Wenn 30 % der Flächen in Städten begrünt wären, könnte ein Drittel aller Hitzetodesfälle verhindert werden. Das besagt eine neue Studie, die in Barcelona entstanden ist. Eine Verkehrswende ist also immer mehr auch Gesundheitsfürsorge und Katastrophenschutz. Denn die versiegelte Fläche ist ein Problem.

Aus vielen Gründen wehren sich immer mehr Menschen gegen die Dominanz des Autos, so auch der SUPERBLOCKS Leipzig e.V. „Mehr Grün, weniger Verkehr, mehr Lebensqualität – das Projekt hat zum Ziel, das Quartier an der Eisenbahnstraße nach dem Vorbild Barcelonas in einen „Superblock“ zu verwandeln. Der Stadtteil soll sich künftig durch ein grün-blaues Netz fußgängerfreundlicher öffentlicher Räume sowie Fahrrad- und Spielstraßen auszeichnen, in denen sich die Nachbarschaft trifft und austauscht.“ lesen wir auf der Website des Vereins.



© CITIES FOR FUTURE; KURS FAHRRADSTADT

Foto: Lars Zimmermann



Kurze Wege zu Fuß oder mit dem Fahrrad, Sitzgelegenheiten zum Ausruhen oder Verweilen zwischendurch, öffentliche Toiletten, die auch mit Kinderwagen und Rollator zugänglich sind, der öffentliche Raum einladender Ort. Bitte mehr davon, mehr Schritte hin zum guten Leben für alle.

An Veränderungen mitzuwirken, erfordert Zeit und Energie. Doch entgrenzte Arbeit, ein Lohn der kaum zum Leben reicht verschlingen Kraft und Zeit. Die Corona-Pandemie spitzte die Lage zu. Besonders in gesellschaftliche Krisen ist die Erwartung an Frauen: Die Wirtschaft am Laufen halten – ohne Gegenleistung. Wenn wir die Sorgearbeit aus dem Schatten holen wollen, müssen wir ihr die notwendige Zeit einräumen. Wie könnte eine Ökonomie aussehen, die das Wohl der Vielen zum Ziel hat und jede Arbeit wertschätzt?

Wem gehört die Zeit? - Arbeit, die zum Leben passt

Die Gewerkschaften sind in der arbeitszeitpolitischen Defensive. Aktuelle Arbeitskämpfe drehen sich um Inflationsausgleich oder sogar um Abwehr von Arbeitsplatzverlust. Doch feministische Forderungen sind umfassend und müssen umfassend sein. Je genauer wir wissen, wohin wir wollen, desto besser ebnen wir den Weg. Eine basale Grundlage für die Gleichstellung von Sorge- und Erwerbsarbeit besteht in der Anpassung der Erwerbsarbeit an die Voraussetzungen in den Sorgebeziehungen.

„Eine kollektive Arbeitszeitverkürzung (AZV) ermöglicht, dass sich Lohnarbeitszeiten nähern und somit alle Geschlechter gleich viel Zeit für Sorgearbeit und ähnliche Karrierechancen haben. Die positiven Effekte einer AZV auf die Verteilung von Sorgearbeit werden umso größer sein, je mehr weitere Maßnahmen wie beispielsweise die Angleichung von Elternzeiten, die Anrechnung

von Pflegezeiten auf die Rente und Fortbildungen in kritischer Männlichkeit ergriffen werden.“²

Die AZV sollte jedoch nicht im Rahmen eines individuellen Anspruchs auf Teilzeit, sondern durch eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit – die kurze Vollzeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich – umgesetzt werden. Mit dem Lohnausgleich werden Einkommensbußen vermieden, die in den unteren Einkommensgruppen nicht verkraftet werden können. Mit einer kurzen Vollzeit sind eine gleichberechtigte Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen möglich. Es ist in unserem Land keine ökonomische Frage, ob eine solche Arbeitszeitverkürzung möglich ist, es ist eine Frage der Macht.

Und nicht zuletzt brauchen wir Zeit für Politik, für mehr Demokratie, für unser kontinuierliches Ein- und Mitmischen für all unsere Belange. Wie wir das tun können, zeigt eine aktuelle feministische Bewegung, die sich stark macht für die „Sorgende Stadt“, ein Konzept mit umfassenden Forderungen, die das Leben ins Zentrum stellen.

Sorgende Stadt – Kommunale Strategien für feministisches Vergesellschaften

Die so getitelte Konferenz fand vom 20. bis 22. Januar in Bremen statt, organisiert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Das Konzept der Sorgenden Stadt stellt die Sorgearbeit (Care) in den Mittelpunkt und zeigt Strategien auf, wie Sorgearbeit und Sorgeverhältnisse zu demokratisieren und zu vergesellschaften sind. Gegenwärtig werden die Sorgetragenden, also mehrheitlich Frauen, in Privathaushalten alleine gelassen, während die Unternehmen im Carebereich Profit machen, angeheizt durch die zunehmende Privatisierung. So investieren Private-Equity-Fonds verstärkt in Altenpflegeheime und schütten enorme

Renditen aus, während die Bewohner*innen unter steigenden Kosten ächzen.

Es ging bei der Konferenz also um eine doppelte Entprivatisierung:

Weg von Profitmacherei und Vereinzelung, raus aus den marktwirtschaftlichen Logiken und raus aus den überlasteten Privathaushalten. Sorgende Stadt ist ein Vorschlag, der da ansetzt, wo unser Leben tagtäglich stattfindet, wo Sorgearbeit geleistet, soziale Dienstleistungen in Anspruch genommen werden. Auch wenn uns das meist nicht bewusst ist, wenn wir vereinzelt kämpfen, um unseren Alltag zu meistern, es ist der Ort, wo wir die politischen Entscheidungen spüren. Es ist ein strukturelles Problem, kein individuelles Versagen.

Vergesellschaftung soll nicht als Verstaatlichung begriffen werden, sondern als radikale Demokratisierung. Dafür braucht es neue Institutionen, die Mit- und Selbstbestimmung ermöglichen und nachbarschaftliche Organisation unterstützen. Wie müssen Institutionen aussehen, in denen wir demokratisch darüber entscheiden, wie Sorgearbeit organisiert werden kann, und in denen eine Vielfalt von Bedürfnissen zu ihrem Recht kommt? Ein Beispiel sind regelmäßige Stadteilversammlungen mit Entscheidungskompetenzen. In Spanien haben kommunalistische* Stadtregierungen den Umbau der Sorgeverhältnisse zum Kern kommunaler Politik gemacht. Es gibt also Beispiele, von denen wir lernen können. Wäre nicht Leipzig ein guter Ort, um damit zu beginnen? Fragend schreiten wir voran:

Wie lassen sich sowohl konkrete Verbesserungen im Alltag erreichen als auch eine grundlegende Gesellschaftsveränderung einleiten? Eine Strategie für das heute und morgen.

Quellen:

¹ www.fes.de Die Erschöpfung der Frauen in der Corona-Krise

² Heide Lutosch, <https://communaut.org/de/wenn-das-baby-schreit-dann-moechte-man-doch-hingehen>

³ Dossier Arbeitszeitverkürzung, konzeptwerk neue ökonomie

* Beim „neuen Munizipalismus“ geht es darum, auf lokaler Ebene strategische Verwaltungsämter zu besetzen, um grundsätzliche politische Veränderungen auf kommunaler Ebene anzustreben. Verschiedene Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner, Initiativen oder kleine Parteien schließen sich dabei in netzwerkübergreifenden und aktivistischen Wahlplattformen zusammen. Erfahrungswerte von Stadtmachern werden so in die Politik überführt und eine alternative Governance aufgebaut. Radikale Demokratisierung und (Re-)Kommunalisierung sind zwei der zentralen Themen. Damit möchte der neue Munizipalismus die Art und Weise wie Politik gemacht wird transformieren: Beispielsweise durch regelmäßige Stadteilversammlungen, in denen horizontale Entscheidungsstrukturen etabliert werden. Auch die Eigentumsfrage spielt eine Schlüsselrolle. Mit der Theorie der Gemeingüter wird nicht nur eine Kommunalisierung (z.B. Umwandlung von Privateigentum in kommunales Eigentum), sondern auch eine selbstorganisierte Verwaltung wichtiger Güter und Räume angestrebt.

Jetzt erst recht: 8. März zum Feiertag!

Susanne Scheidereiter Berlin und Mecklenburg - Vorpommern gehen mit gutem Beispiel voran: Hier ist der 8. März, der Internationale Frauentag, zum Feiertag erklärt worden (2019 bzw. 2023). Das wollen wir für Sachsen auch! Als Linke sind dabei Teil eines gut aufgestellten Bündnisses um Verdi. Gemeinsam mit dem DGB, den Grünen, der SPD, dem sächsischen Genderkompetenzzentrum u.a., die es sich zur Aufgabe gemacht haben, für einen Volksantrag 40 000 Unterschriften zu sammeln. Die Aktion läuft seit Mitte November 2022 und soll Ende August in diesem Jahr einen erfolgreichen Abschluss finden, so dass sich unser Landesparlament (hoffentlich positiv) zu unserer Forderung verhalten muss. Warum dieser Volksantrag? Der Frauentag als Feiertag wäre ein starkes Symbol für alle Frauen* und Mädchen. Er wäre auch in Sachsen ein Akt der Solidarität, der Achtung und der Empathie an die Frauen* und deren Lebensleistung, denn nach wie vor herrscht in ihrer Lebensrealität keine Gleichberechtigung: Geschlechtsbezogene Diskriminierung, schlechtere Bezahlung, weniger Chancen im Job, eine viel höhere Last bei der Sorge-Arbeit (80%), häusliche Gewalt – all das gehört zu ihrem Alltag.

Leider gibt es aktuell Gegenwind aus Dänemark: Nach einigen Debatten hat das dänische Parlament den "Großen Gebetstag" gestrichen: Die landesweite Mehrarbeit durch den Verzicht auf den Feiertag steigert das Bruttosozialprodukt und damit die Steuereinnahmen. Das Geld, umgerechnet mehrere Hundert Millionen Euro, will man in die dänische Armee stecken, um sie auf die neuen Zeiten einzustellen. Der sächsische Arbeitgeberverband freut sich. Da sei mal dahingestellt, ob diese Entscheidung wirklich zielführend für die Erneuerung der Bundeswehr wäre, absurd ist sie aus linker Sicht allemal.

Neu sind diese Entwicklungen auch hierzulande nicht, wurde doch 1995 der Buß- und Betttag bundesweit abgeschafft – nur in Sachsen nicht – um die Pflegeversicherung zu finanzieren. Sinnvoller wäre es, sich an Ländern wie Spanien, Australien oder Irland und Spanien zu halten. Dort werden Feiertage, die auf einen Sonntag fallen, grundsätzlich am darauf folgenden Montag nachgeholt.

Mehr arbeiten für den Krieg? Na, da kann man sich sicherlich Schöneres vorstellen... Zum Beispiel einen Feiertag mehr! Und zwar

einen, der ins sächsische Feiertagsgesetz aufgenommen wird, also von den Arbeitgebern finanziert werden soll. Sachsen liegt nämlich mit 11 Feiertagen im Mittelfeld im bundesweiten Vergleich. In Baden-Württemberg und dem Saarland sind es 12, in Bayern sogar 13 – ein Argument für einen zusätzlichen Feiertag in Sachsen!

Ihr könnt den Volksantrag unterstützen, indem ihr natürlich selbst unterschreibt und darüber hinaus auch Freunde, eure Familie und Bekannte anspricht. Darüber hinaus könnt ihr aktiv Unterschriften sammeln bspw. im Kollegium, bei Mitgliederversammlungen, Festen oder am Infostand.

Unterschriftenlisten erhaltet ihr in unseren Büros oder bei Verdi bzw. dem DGB.

Unterschreiben können alle Menschen, die mindestens 18 Jahre alt sind und seit mindestens 3 Monaten ihren Hauptwohnsitz in Sachsen gemeldet haben. Für ausländische Mitbürger*innen und Mitbürger genügt eine einfache Meldebescheinigung. Wir als Landesverband Sachsen der Partei DIE LINKE haben es uns zum Ziel gesetzt, mindestens 5000 Unterschriften zu sammeln. Seid ihr dabei?

Stadtratsnotizen

Doppelhaushalt 2023/24 mit großer Mehrheit beschlossen

Nach intensiven Beratungen in den Stadtratsgremien sowie in Beiräten mit der Verwaltung und Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten wurde der Doppelhaushalt für die Jahre 2023 und 2024 mit einem Etat von rund 2 Mrd. Euro pro Jahr durch eine große Stadtratsmehrheit beschlossen. Investieren will die Stadt im Jahr 2023 456 Mio. Euro sowie 493 Mio. im kommenden Jahr. Auch durch Aufnahme weiterer Kredite bis zur derzeit zulässigen Schuldengrenze soll eines der größten Investitionsprogramme seit 1990 mit dem Mitteleinsatz schwerpunktmäßig in Bildung, Mobilität und Beförderung Klimaschutz umgesetzt werden. Damit wird auch die Leipziger und regionale Wirtschaft durch Aufträge befördert. In den beiden Jahren investieren auch die städtischen Beteiligungsunternehmen insgesamt 700 Mio. Euro.

Schwerpunkt Kita- und Schulhausbau

Der Schwerpunkt beim Bau von Gemeinschaftseinrichtungen liegt nach wie vor bei der Sanierung, Modernisierung und dem Neubau vor allem von Kitas, Schulgebäuden und Schulsporthallen mit zugehörigen Frei-

flächen und Außensportflächen. Während auf neue Schulstandorte in den kommenden Jahren nicht verzichtet werden kann, gibt es bei Kitaplätzen über das gesamte Stadtgebiet eine annähernde Bedarfsdeckung, weshalb das Schwergewicht künftig auf der Sanierung und Modernisierung liegt. Noch kritischer muss sich der Stadtrat mit Ersatzbaumaßnahmen beschäftigen. So durchschaut doch selbst ein Laie, dass es unlogisch ist, Schul- und Kitabauten, die in den gleichen Jahren gebaut wurden sowohl saniert, als auch abgerissen und ersetzt werden sollen. Dabei handelt es sich um Bauten die als typisierte Planungen mit den gleichen vorgefertigten Bauelemente und von den gleichen in spezialisierten Taktstraßen organisierten Bauleuten geschaffen wurden. Wie in den letzten Jahren geht es um Millionenbeträge..

Bau weiterer Gemeinschaftseinrichtungen und Kulturbauten

Um den kommunalen Anteil von mindestens 20% an Pflege- und Altenheimplätzen zu halten und eine gute gesundheitliche Krankenhausbetreuung neben dem Uniklinikum und anderen Kliniken zu sichern, werden für die Eigenbetriebe Städtischen Altenhil-

fe (SAH) sowie das Städtische Klinikum St. Georg Neubauten errichtet. Für den Schul-, Reha- und Freizeitschwimmsport wird die Schwimmhalle Rabet gebaut. In Kultureinrichtungen werden 6,5 Mio. Euro so in neue Inspezientenanlagen in Gewandhaus und Oper sowie im Opernhaus in die Obermaschinerie und im ehemaligen Bowlingtreff in bauvorbereitende und Rohbaumaßnahmen. Investiert. Im Zoo liegt das Schwergewicht der Baumaßnahmen auf den Baufortschritt der Themenwelt Feuerland sowie der Sanierung von Terrarium und Entdeckerhaus. Auf der Alten Messe geht in Verantwortung der Leipziger Entwicklungs- und Vermarktungsgesellschaft neben der Erneuerung der stadttechnischen und Verkehrsinfrastruktur der Umbau des ehemaligen Sowjetischen Pavillons zum Büro- und Magazingebäude für städtische Ämter weiter und es werden weitere Bauflächen zur Ansiedlung weiterer Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen erschlossen sowie das Quartier Alte Messe West geplant

Infrastrukturausbau ist wichtig für Wachstum

Neben der Schaffung von neuer Arbeitsplätzen in Industrie, Dienstleistungen, Universität, Hochschulen und Forschungs-

Für bessere Bildung!

Nancy Hochstein Bildung ist ein zentraler Wert in unserer Gesellschaft, der allen Kindern gleichermaßen zugänglich sein sollte. Doch die Realität sieht oft anders aus, insbesondere in wachsenden Städten wie Leipzig, wo der Anstieg der Schüler:innenzahlen eine enorme Herausforderung darstellt. Als Vorsitzende des Kreiselternerates habe ich die Möglichkeit gehabt, die pädagogische Arbeit in unserer Stadt aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten. Leider sind meine Erkenntnisse ernüchternd.



Grafik: verdi

Um eine nachhaltige Erziehungs- und Beziehungsarbeit zu gewährleisten, benötigen wir mehr Ressourcen. Dies betrifft nicht nur die kommunale Ebene, sondern auch die Landespolitik. Als Mitglied der LINKEN habe ich mich dafür eingesetzt, dass die Ausbildung von Lehrer:innen verbessert wird. Es reicht nicht aus, einfach mehr Lehrer:innen einzustellen; wir müssen sicherstellen, dass sie über die notwendigen Fähigkeiten und Kenntnisse verfügen, um die Probleme von morgen zu lösen. Hierbei geht es nicht nur um die Verbesserung der Studieninhalte, sondern auch um flexiblere Einsatzmöglichkeiten, die den Bedürfnissen einer sich wandelnden Gesellschaft gerecht werden. Ein Beispiel dafür ist die Inklusion an Schulen. Obwohl sie gesetzlich vorgeschrieben ist, ist die Lehrerausbildung immer noch nicht ausreichend auf die Bedürfnisse von Schüler:innen mit Behinderungen ausgerichtet. Wir brauchen ein umfassenderes sozialpädagogisches Wissen und mehr Flexibilität, um den Bedürfnissen dieser Schüler:innen gerecht zu werden.

Als Mitglied der LINKEN habe ich mich für längeres gemeinsames Lernen eingesetzt, das nun gesetzlich verankert ist. Allerdings ist die Umsetzung ein bürokratischer Kraft-

akt, der Chancengerechtigkeit entgegenwirkt. Wir müssen sicherstellen, dass alle Schüler:innen die gleichen Bildungschancen haben, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft oder ihrem Wohnort.

Pädagogische Unterstützungsangebote an Schulen können nur ein Teil der Lösung sein. Wir müssen auch den Personalschlüssel an Schulen verbessern und die Klassen verkleinern, um eine individuelle Betreuung der Schüler:innen zu gewährleisten. Unser Bildungssystem muss sich verändern, um den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden. Es geht nicht mehr nur um Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt, sondern auch um Persönlichkeitsentwicklung und Förderung sozialer Kompetenzen. Die Schüler:innen von heute brauchen lebenspraktische Inhalte, um in einer sich wandelnden Gesellschaft selbstbestimmt zu handeln.

Es gibt bereits gute Ansätze und Umsetzungen, wie bspw. „Schule im Aufbruch“, die einen sanften aber beständigen Wandel in Gang setzen. Wir müssen sicherstellen, dass solche Initiativen nicht isoliert bleiben, sondern zu einer breiten gesellschaftlichen Bewegung werden, die sich für eine bessere Bildung und Chancengerechtigkeit einsetzt.

einrichtungen oder Verwaltungen, sind die Sanierung, Modernisierung und der gezielter Neubau von Gemeinschaftseinrichtungen sowie die Erneuerung der stadttechnischen und Verkehrsinfrastruktur Voraussetzungen für ein gezieltes Bevölkerungswachstum. Dafür investiert die Leipziger Gruppe mit den Stadtwerken, den Wasserwerken und Verkehrsbetrieben der LVB ca. 400 Mio. Euro in den Ausbau der Erzeugung Erneuerbarer Energie und Stromnetze oder in den Ausbau des Klärwerkes Rosenthal. Die LVB investieren ca. 90 Mio. Euro in die Erneuerung und Erweiterung der Fahrzeuge und beteiligen sich neben dem VTA an der Erneuerung der Wald- und Wiedebachstraße sowie barrierefreier Straßenbahn- und Bushaltestellen. Die Straßen- und Brückenbaumaßnahmen des VTA konzentrieren sich auf die Sanierung und notwendige Erneuerung verschlissener Bauwerke, bei derzeitigem Verzicht auf Neubaustrecken. Das Amt für Stadtgrün und Gewässer will Großprojekte wie den Stadthafen, den Parkbogen Ost und die Revitalisierung Lebendige Luppe angehen, weitere Spielplätze sanieren und pro Jahr 500 Straßenbäume anpflanzen, darunter auch Spendenbäume im Rahmen des Projektes Baumstarke Stadt. Nach der Sanierung und Modernisierung der Hauptfeuerwache am

Goedelerring steht nunmehr die Planung und der Bau der Rettungswachen Nordost und -west und dem neuen Rettungszentrum am St. Georg an.

Wohnungsbau muss forciert werden

Unverzichtbar ist die Sanierung, Modernisierung sowie der gezielter Neubau von Wohnungen. Auch wenn bei der LWB das Schwergewicht auf Sanierung und Modernisierung sowie energetischer Ertüchtigung der Wohnungsbestände wie in der Gerberstraße liegt, sollen ebenso Neubauwohnungen wie in der Leutzscher Gaußstraße für Haushalte mit weißem Wohnberechtigungsschein gebaut werden. Die Wohnungsfrage kann nur durch die breite Mitwirkung der Wohnungsbau-Genossenschaften, privaten Wohnungsunternehmen und Einzelhauseigentümer bewältigt werden

Klimaschutz

Unabhängig von Sanierung, Modernisierung oder Neubau ist der Klimaschutz und die Energieeinsparungen durch bessere Dämmung, energieeffiziente Anlagen aber auch Photovoltaikanlagen, Regenwassernutzung und Gründächern auch wegen der Vorbildwirkung ein wichtiges Anliegen der Kommune.

Herausforderung sind künftige Tarifsteigerungen

Eine besondere Herausforderung werden künftige Tarifsteigerungen in Verwaltung sowie den städtischen Betrieben und Einrichtungen auch im Ergebnis der derzeitigen Streiks und Arbeitsniederlegungen sein. Dabei wird sich zeigen, ob die Tarifsteigerungen in ausreichender Höhe im städtischen Haushalt für die Beschäftigten in Verwaltung sowie den städtischen Einrichtungen und Unternehmen einkalkuliert wurden.

AfD – Anträge abgelehnt

Mit großer Mehrheit wurden Anträge der AfD-Fraktion zu vermeintlichen Einsparungen abgelehnt, wie das Einfrieren der Kulturförderung die über Zuschüsse erfolgt. Das betraf auch die Streichung von dringenden Baumaßnahmen in Kulturstätten, die von freien Trägern mit städtischer Förderung betrieben werden, wie im Werk 2 und im selbstverwalteten Jugend-Kulturzentrum Conne Island in Connewitz oder dem soziokulturellen und Kommunikationszentrum Nato in der Karl-Liebnecht-Straße. Abgelehnt wurden auch mehrere AfD-Anträge zur Auflösung von Referaten.

Stadtparteitag: Rückblick und Ausblick

Wahlkommission Erklärung an den Stadtverband

Wir, die Leitung der letzten Wahlkommission, möchten uns mit ein paar Worten über den vergangenen Stadtparteitag im Felsenkeller an euch wenden. Wie ihr sicher aus früheren Jahren wisst, ist die Durchführung und Organisation des Stadtparteitages mit sehr viel Stress und Zeitdruck verbunden. Besonders die Wahlkommission leidet immer wieder darunter: Einerseits darf sie sich keine Fehler erlauben, andererseits wird erwartet, dass sie ohne Unterbrechung und Pausen arbeitet, um allen Teilnehmer:innen ein möglichst zeitiges Nachhausekommen zu ermöglichen. Dieser krasse Widerspruch wurde in diesem Jahr durch Probleme in der Planung und Durchführung des Parteitages so eminent, dass es fraglich ist, ob eine Wahlkommission in dieser Konstellation noch einmal zur Verfügung stehen wird. Da viele Probleme, mit denen wir zu kämpfen hatten, nicht neu sind, möchten wir hiermit unsere Erfahrungen festhalten, um nachhaltige Lösungen für zukünftige Stadtparteitage zu entwickeln. Als Ergebnis wollen wir ein verbindliches Handbuch erstellen, das einen Wissenstransfer für die zukünftige Planung und Durchführung von Stadtparteitagen ermöglicht. Dafür haben wir ein Dokument mit unseren Kritikpunkten erstellt. Die wichtigsten Punkte haben wir hier für euch zusammengefasst, eine ausführlichere Auflistung findet ihr unter:

① https://pad.die-linke.cloud/p/Auswertung_8SPT1_Leipzig

In der Planung vermissen wir eine bessere Verzahnung von Tagungsleitung und Wahlkommission. Bei der Erstellung einer Tagesordnung sollten die durchzuführenden Wahlen den Zeitplan des Parteitages maßgeblich bestimmen. Da die Vorerfahrungen der Mitglieder der Wahlkommission teilweise sehr unterschiedlich sind und Ausfälle und Verhinderungen nicht planbar sind, ist es schwierig, vorab eine genaue Abschätzung der benötigten Zeit für die Auszählung von Wahlen zu veranschlagen. Um den Zeitdruck zu verringern, ist es unabdingbar, im Zeitplan auch Spielraum für Probleme einzuplanen. Zudem sollten es dann auch bei vorab getroffenen Absprachen bleiben. Auf Druck von außen Wahlgänge spontan neu zu ordnen, verzögert die Arbeit der Wahlkommission nur und sorgt für unnötigen Stress auf allen Seiten.

Bei der Durchführung des Stadtparteitages ist uns aufgefallen, dass innerhalb der Wahlkommission viele Aufgaben auf wenige konzentriert sind. So benötigt es im Regelfall sowohl eine Person aus der Wahlkommissionsleitung im Saal, um auf Änderungen und das Schließen von Listen schnell reagieren zu können, als auch eine im Zimmer der Wahlkommission. Während Beobachter:innen innerhalb der Wahlkommission immer willkommen sind, empfinden wir die Kontrollversuche von außen in weiten Teilen als Störung beziehungsweise

Einmischung. Außerdem braucht es auf einem ganztägigen Stadtparteitag ein Pausen- und Versorgungskonzept, wobei auch die Wahlkommission miteingeplant werden muss. Die als Pause deklarierten Auszählzeiten bedeuten eben nicht für jeden eine Pause!

Und auch bei der Ausstattung unserer Stadtparteitage gibt es Verbesserungspotenzial. So ist der Vorrat an verschiedenem Material zum Drucken zu gering. Unterlagen und Muster sind nicht auf die anstehenden Wahlen zugeschnitten und oft sperrig oder nicht anpassbar. Auf der einen Seite fehlt es der Wahlkommission an Platz, um analoge Unterlagen entsprechend aufzubewahren, auf der anderen Seite fehlt es an technischem Know-how innerhalb der Wahlkommission, um schnell auf Probleme zu reagieren. Trotz aller Versuche war es nicht möglich, der Wahlkommission einen Livestream der Veranstaltung zur Verfügung zu stellen. Zusätzlich bestand keine direkte Kommunikationsmöglichkeit zwischen Tagesleitung und Wahlkommission.

Zu guter Letzt möchten wir an dieser Stelle die Solidarität ansprechen, da wir auf dem Stadtparteitag einiges an Kritik einstecken mussten. Wir möchten euch an dieser Stelle versichern, dass die Wahlkommission so schnell, so konzentriert und so effizient wie möglich gearbeitet hat.

Wenn uns Solidarität und ehrenamtliches Engagement wichtig sind, dürfen wir beides nicht zu einem Lippenbekenntnis verkommen lassen! Auch möchten wir dazu aufrufen, dass ihr euch beim nächsten Stadtparteitag gerne selbst ein Bild von den Aufgaben und Belastungen bei der Wahlkommission machen könnt, da für diese Kommission immer händeringend Mitglieder gesucht werden.

Wie habt ihr unseren letzten Parteitag empfunden? Habt ihr Feedback für uns oder wollt bei der Verbesserung zukünftiger Stadtparteitage helfen. Dann tretet sehr gern mit uns über den Stadtvorstand, die Beratung der Ortsvorsitzenden oder unsere Geschäftsstelle im Liebknecht-Haus (vorstand@die-linke-in-leipzig.de) in Kontakt.

Solidarische Grüße

- Franziska Jockenhöfer
- Helenie Buntrock
- Alexander Schmidt



Foto: Timmann Loos



Foto: privat

3 Bilder aus dem Februar

Bild links oben: Solidarität mit den Beschäftigten im öffentlichen Dienst! Am 17. Februar wurde in Leipzig gestreikt. Wir unterstützen die Forderungen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und rufen zu Solidarität und aktiver Unterstützung des Warnstreiks von ver.di auf. Auf der Streikkundgebung sprach unsere DIE LINKE Bundesvorsitzende Janine Wissler zu den Beschäftigten.

Bild rechts oben: Am 3. und 4. März fand die Klausur unseres Stadtvorstands statt. Dabei wurde über die aktuelle Lage der LINKEN und notwendige nächste Schritte, Mitgliederentwicklung und Ehrenamtsarbeit sowie die Stadtratswahl und politische Bildung gesprochen. Einige Ergebnisse gab es auch, lasst euch überraschen... Der Kampf geht weiter.

Bild rechts unten: Die Preise für Lebensmittel, Strom und Gas gehen durch die Decke. Konzerne machen mit Krieg und Krise extra Gewinne. Wir sagen: Es reicht! Bei unseren Infoständen wie am 28. Februar im Löbzig suchen wir das Gespräch mit den Betroffenen und informieren sie über unsere konkreten Unterstützungsangebote.



Foto: DIE LINKE, Leipzig-Süd

100 Jahre: Dr. Paul Reiter

Cornelia Falken Ich hatte die Freude im Auftrag des Stadtbezirksverbandes Leipzig-Nord einem der ältesten Genossen unserer Partei Geburtstagsglückwünsche zu überbringen. Wir plauderten und ich ließ mir aus seinem bewegten Leben erzählen.

Foto: Cornelia Falken



Paul Reiter wurde am 3. Februar 1923 in Bad Salzbrunn (Niederschlesien, heute Szczawno-Zdrój) geboren, 1929 zog die Familie ins Ruhrgebiet um. Als 13-jähriger begann er eine bergmännische Lehre, wechselte dann zu einer Ausbildung als Elektriker. Zu der Zeit turnte Paul Reiter schon mit großem Eifer und zunehmenden Erfolgen im Turnverein Gladbeck. Die Einberufung als Soldat im II. Weltkrieg unterbrach die Ausbildung und auch das Turnen, doch er überstand den Krieg und konnte die Ausbildung beenden. Durch das Elternhaus geprägt – sein Vater wurde nach der Machtergreifung Hitlers eingesperrt und nach der Haft mit Berufsverbot belegt – und durch die Erlebnisse im Krieg

entschloss sich Paul Reiter, Mitglied der KPD zu werden. Nach dem KPD-Verbot erlebte er selbst berufliche Behinderungen aufgrund der Parteimitgliedschaft, die Qualifikation wurde ihm verwehrt.

1951 zog er frisch verheiratet in die DDR nach Leipzig, und fand hier die Möglichkeit, zunächst an der ABF das Abitur zu erwerben und dann auch an der gerade gegründeten DHfK zu studieren. Natürlich nutzt er auch die sportlichen Möglichkeiten, trainierte und nahm an Wettkämpfen teil, stand so mehrfach in der Leipziger Riege bei den traditionellen Städte-Vergleichskämpfen Berlin-Leipzig-Hamburg. Er wurde Hochschullehrer an der DHfK und promovierte 1963, später wirkte Dr. Paul Reiter an der Karl-Marx-Universität für den Studentensport. Selbst als Rentner trainierte er regelmäßig beim TV Markkleeberg, nahm an Altersklasse-Wettbewerben und Turnfesten teil.

Viele Besucher klingelten an diesem Tag für einen kurzen Besuch an der Wohnungstür oder gratulierten telefonisch. Ich erfuhr noch, dass unser Genosse nach wie vor interessiert Anteil nimmt an den Aktivitäten unserer Partei, und wir vereinbarten ein Treffen in der Basisgruppe, dann verabschiedete ich mich. Alles Gute und herzliche Glückwünsche zum Hundertsten!

kurz & knackig

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

■ **Super Tuesday 2023:** Werkzeuge für Protest und Parteaufbau. Bis April 2023 gibt es wieder jeden Dienstag tolle Online-Workshops zu allem, was das linke Herz begehrt. Nimm teil an einem bunten Mix aus inhaltlichen Veranstaltungen und Workshops! Mit welchen inhaltlichen Vorschlägen greifen wir die Konflikte unserer Zeit auf? Wie positionieren wir unsere Partei als Stimme für soziale Gerechtigkeit? Wie entsteht die Inflation und was können wir dagegen tun? Was sind unsere Konzepte, um den Klimawandel zu bekämpfen und gerechte Arbeits- und Lebensbedingungen für alle zu schaffen? Und wie setzen wir diese großen Vorhaben bei uns vor Ort um? Wie können wir unsere Mitglieder stärken und in unseren Kreisverbänden Aktionen planen, die konkret zu Verbesserungen im Leben der arbeitenden Klasse führen? Mehr Infos hier: <https://gleft.de/58b>



Foto: Birthe Kleemann

Mädchenpower in der Linksfraktion

Girls' Day 2023 – wir sind dabei

Auch in diesem Jahr wird sich die Linksfraktion am bundesweiten Girls' Day, auch Mädchenzukunftstag genannt, beteiligen.

Da Frauen* noch immer in der Politik deutlich unterrepräsentiert sind, wollen wir interessierten Mädchen an diesem Tag ein Stückchen Kommunalpolitik näher bringen.

Im vergangenen Jahr besuchten uns 10 neugierige Schülerinnen unterschiedlicher Schulen und wir fanden es sehr spannend, uns mit ihnen auszutauschen. Wir wollen hoch hinaus: Wir besteigen den Rathausturm. In der Fraktionsgeschäftsstelle kann ein kleiner Einblick in moderne Büroabläufe genommen werden. Wir besichtigen das Neue Rathaus und den besonders schönen Alten Ratssaal. Auf dem Plan steht auch ein Gespräch mit der Kulturbürgermeisterin Dr. Skadi Jennicke.

- Wann: Donnerstag, den 27. April
- Wo: Neues Rathaus Leipzig, Martin-Luther-Ring

Nähere Infos zum Girls' Day findet Ihr unter <https://www.girls-day.de/>

Wir freuen uns auf Euch.

Beate Ehms und Mandy Gehrt
(Stadträtinnen)



Einladung linXXnet-Stammtisch

Wir laden herzlich zu unserem Stammtisch ein, den wir dieses Jahr neu auflegen. Diesmal wollen wir über den Zustand unserer Partei sprechen und wie damit umgegangen wird.

- Wo? INTERIM, Demmeringstraße 32
- Wann? 18 Uhr am 24. März 2023

Workshop: Füxe, Burschen, Alte Herren – Burschenschaften und ihre Rolle in der Rechten

Wann: Sa., 18. März 2023, 15-20 Uhr
Wo: Conne Island, Koburger Straße 3

Sie sehen aus als wären Sie aus einem Filmset für eine Geschichts-Doku ausgebrochen. Aber nicht nur der Style, auch das Weltbild ist mehr als Oldschool. Was ist eigentlich der Unterschied zwischen einer Studentenverbindung und einer Burschenschaft? Sind die heute überhaupt noch wichtig in der Rechten? Auf solche und ähnliche Fragen versuchen wir in diesem Workshop Antworten zu formulieren.

100 Jahre Ministerpräsident Zeigner und sein Wirken in Leipzig

Wann: Di., 21. März 2023, 18 Uhr
Wo: Erich-Zeigner-Haus, Zschochersche Straße 21

Erich Zeigners demokratiepolitisches Wirken vor allem zur Zeit der Weimarer Republik soll an diesem Abend ausführlich beleuchtet werden. Sein Einfluss innerhalb der Arbeiter*innenbewegung des Leipziger Westens sowie seine Leistungen bei dem Aufbau der Gewerkschaften stehen im Mittelpunkt der Vorträge von Zeigner-Biograf Dr. Manfred Hötzel und Dr. Nils Franke. Beide stellen die Ergebnisse ihrer Recherchen vor und stellen sich im anschließenden Gespräch auch dem Publikum.

- Moderation: Henry Lewkowitz (Erich-Zeigner-Haus e.V.)

Südost trifft sich wieder!

Für Genoss*innen und Interessierte, die im Leipziger Südosten organisiert sind, gibt es wieder ein regelmäßiges Treffen. Immer am 1. Donnerstag im Monat! Start ist am 6. April um 19 Uhr mit einem entspannten Kennenlernen mit Getränken. Interessierte können sich bei Fragen an William Rambow wenden (william.rambow@dielinke-leipzig.de).

- Wo? Ostbüro, Riebeckstraße 1
- Wann? 19 Uhr am 6. April 2023

Stadtrundgang: Leipzig 1933 – Die nationalsozialistische Machtdurchsetzung

Wann: Sa., 25. März 2023, 11 Uhr
Wo: Vor dem BVerwG, Simsonplatz 1

Der Stadtrundgang verbindet Orte im Zentrum Leipzigs mit der Machtübertragung an die Nationalsozialisten im Januar 1933 und den darauffolgenden Monaten des Terrors gegen politische Gegner*innen und jüdische Einwohner*innen sowie der Machtdurchsetzung der Nationalsozialisten. Von der „Reichs-Nein-Stadt“, über die Bücherverbrennung bis zum Reichstagsbrandprozess werden unterschiedliche Stationen des Jahres 1933 im Stadtbild verortet.

- Mit: Daniela Schmohl (Historikerin, RLS Sachsen)
- Dauer: Ca. 2 Stunden

Leipzig: Vortrag und Diskussion zu Heimatromantik, Lifestyle und rechter Propaganda

Wann: Di., 28. März 2023, 19 Uhr
Wo: Neues Schauspiel, Lützner Straße 29

Mit ästhetischen Fotos, vermeintlich unverfänglichen Themen und einer persönlichen Note wird rechte Ideologie ‚instagrammable‘ verpackt. Die Schaffung einer virtuellen Wohlfühlatmosphäre ist jedoch nicht das einzige Betätigungsfeld junger rechter Aktivistinnen. Der Vortrag gibt ein Überblick über das Phänomen (neu-)rechte Influencerinnen.

- Referentin: Viktoria Rösch

Impressum

Herausgeberin:

Stadtvorstand DIE LINKE. Leipzig
Braustraße 15, 04107 Leipzig
Fon: 0341 - 14 06 44 11
Fax: 0341 - 14 06 44 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
Mail: vorstand@die-linke-in-leipzig.de
Spenden: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20
Druck: wir-machen-druck, klimaneutral

Redaktion: Kay Kamieth (v.i.S.d.P.), Ariane Barth, Steffi Deutschmann, Sören Pellmann, Alexander Schmidt.
Gestaltung: William Rambow
Das nächste Mitteilungsblatt erscheint im kommenden Monat. Redaktionsschluss für die nächste Nr. ist **Mo. 03.04., 12:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.